

**Mindestlöhne – eine ausreichende Forderung?
Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Sozialstaates**

Oberjosbach, 15. März 2011, Getränkeforum der NGG

1. Empört euch – ein Mahnruf auf Frankreich

Ein kleines Büchlein macht gerade Furore. In wenigen Wochen wurden in Frankreich über 1 Millionen Exemplare verkauft und in Deutschland kam es nach einer Woche auf Platz 1 der Spiegelbestsellerliste. „Empört Euch!“ So der Titel des Buches, das Stephane Hessel verfasst hat. Er ist der einzige noch lebende Mitverfasser der UN-Menschenrechtscharta. Hessel ist jüdischer Herkunft, ging mit seiner Familie als Kind nach Paris. Nach dem Überfall auf Frankreich schloss er sich der Resistance an, wurde von der Gestapo aufgegriffen und kam in das KZ Buchenwald.

Stephanes Hessels Streitschrift bewegt die Welt. Mit eindringlichen Worten ruft er zum friedlichen Widerstand gegen eine Gesellschaft auf, die es zulässt, dass der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. „Das gesamte Fundament der sozialen Errungenschaften der Resistance ist heute in Frage gestellt. Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen.“

Was Hessel Errungenschaften der Resistance nennt, gab es in ganz Europa – auch in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man eine Welt „ohne Furcht und Not“ bauen – so hieß es in der Atlantik Charta der Alliierten, dem Programm zum Wiederaufbau Europas aus dem Jahr 1941. Die CDU hatte 1947 in ihrem Ahlener Programm geschrieben: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. ... Inhalt und Ziele dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung können nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unse-

res Volkes sein.... Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen.“

Was wir hier lesen, entspricht in der Sache dem, was die Hessische Verfassung aus dem Jahr 1946 formuliert: „Artikel 33. Das Arbeitsentgelt muss der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen.“ Und in Artikel 38: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen. Im Rahmen der hierdurch gezogenen Grenzen ist die wirtschaftliche Betätigung frei. Die Gewerkschaften und die Vertreter der Unternehmen haben gleiches Mitbestimmungsrecht in den vom Staat mit der Durchführung seiner Lenkungsmaßnahmen beauftragten Organen. Im Rahmen der hierdurch gezogenen Grenzen ist die wirtschaftliche Betätigung frei. Die Gewerkschaften und die Vertreter der Unternehmen haben gleiches Mitbestimmungsrecht in den vom Staat mit der Durchführung seiner Lenkungsmaßnahmen beauftragten Organen. Artikel 39. Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht - ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheiten in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.“

Oder in der bayerischen Verfassung aus dem Jahr 1947 heißt es: „Artikel 3. Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl.“ Artikel 151. (1) „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Diese langen Zitate aus den beiden ersten Länderverfassungen, die nach dem Kriege noch zudem verabschiedet wurde, zeigen, welche Welt nach dem Krieg geschaffen werden sollte, aber auch welche Welt wir verloren haben. Wenn es zutrifft, dass jede Krise auch eine Chance bietet, müsste gelten: Die beispiellose derzeitige Krise

bietet auch die beispiellose Chance, einen wirtschafts- und sozialpolitischen Neustart anzutreten. Für die aktuelle Wirtschaftskrise wird meistens nur das Bezugsjahr der großen Weltwirtschaftskrise: 1929/30 genannt. Für den Neustart gibt es jedoch erheblich mehr Bezugsgrößen: 1947 das Ahlener Programm der CDU, die Grundüberzeugungen des Hessischen Verfassung oder auch 1948 die von Ludwig Erhard gegen den Widerstand der Alliierten eingeführte wertstabile Währung und Marktwirtschaft eingeführt, die auf dem freien Spiel der Preise beruhte und gleichzeitig den sozialen Ausgleich sicherte.

Die Stichworte dieses großen europäischen und nordamerikanischen Grundkonsenses, der von der CDU bis zur Hessischen Verfassung reichte, und der sich auch in Großbritannien, den USA und in der französischen Resistance wiederfand, sind: gestaltende Rolle des Staates, der die Aufgaben hat, die Macht des Geldes zu begrenzen, wirtschaftliche Mitbestimmung und soziale Demokratie zu gestalten und dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft sich nicht an der Kapitalvermehrung sondern am Bedarf der Menschen ausrichtet. Mit diesen Maßstäben ging man daran, in ganz Europa eine soziale Demokratie aufzubauen und klare soziale Rechte der Bürger zu formulieren. Man wusste, dass der Markt Grenzen braucht. Hohe Steuern wurden nicht als Zumutung empfunden. Der Spitzensteuersatz betrug bis 1964 über 90 Prozent, dann über 56 Prozent und wurde seit Rot-Grün auf mittlerweile 42 Prozent abgesenkt. Steuern galten lange als wichtiges Instrument, überschüssige Mittel der Besserverdienenden abzuschöpfen und für den sozialen Ausgleich zu verwenden.

2. Die Welt, die wir verloren haben, zeigt sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Macht des Geldes oder der Konzerne zu begrenzen und der Wirtschaft das Ziel vorzugeben, dem Gemeinwohl nützlich zu sein, bildet den Konsens der politischen und ökonomischen Grundüberzeugungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg galten. Was gerade noch Fachleute als die schwerste ökonomische Krise seit der Großen Depression diagnostiziert hatten, scheint vorbei zu sein. Banken, die gerade noch unter Einsatz immenser staatlicher Mittel vor dem Zusammenbruch bewahrt worden waren, fahren wieder riesige Gewinne ein und die Vorstände und Investmentbanker erfreuen sich wieder millionenschwerer Boni. Doch noch vor der Finanzkrise zeigten

sich die sozialen Folgen der falschen, neoliberalen Wirtschaftspolitik: Die soziale Krise der Spaltung zwischen arm und reich nahm zu und gute, existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit geriet unter Druck. Die Arbeitszeiten wurden wieder verlängert.

Die Politik ruft jetzt das Ende der Wirtschaftskrise aus. Doch die Wirtschaftskrise ist erst vorüber, wenn Armut, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung abgeschafft sind. Die Zahl der Erwerbstätigen hat mit über 40 Mio. ein bisheriges Höchstniveau erreicht hat. Das sieht doch nach einem beschäftigungspolitischen Erfolg aus. Doch der Anstieg der Erwerbstätigenzahl ergibt sich aus der fortlaufenden Umwandlung von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und der Zunahme sogenannter „atypischer Beschäftigung“. Die einzig einigermaßen zutreffende Auskunft zur Beschäftigungsentwicklung bietet das sogenannte Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der jährlich in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Das deutsche Arbeitsvolumen ist im langfristigen Trend ständig zurück gegangen. Allein zwischen 1991 und 2009 sank das Arbeitsvolumen von 51.785 Mio. Arbeitsstunden (1991) auf 46.850 Mio. (2004), also um 9 Prozent.

Ein branchenspezifischer Blick zeigt einen klaren Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsproduktion. Von 1991 bis 2009 ergaben sich folgende prozentualen Veränderungen des Arbeitsvolumens in den drei Sektoren (eigene Berechnung nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes): Der primäre Sektor, also die Landwirtschaft zeigt einen Rückgang der Erwerbstätigen um 45.5 Prozent.

In der Produktion, dem sekundären Sektor ging die Zahl der Erwerbstätigen um 34.5 Prozent zurück und allein im Dienstleistungssektor, dem tertiären Sektor nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 13.7 Prozent zu.

Die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland zeigt folgende langfristige Trends, die auch durch die Wirtschaftskrise nicht unterbrochen wurden: Die Beschäftigung gemessen am Arbeitsvolumen sinkt. Beschäftigungsgewinne gibt es nur noch im Dienstleistungssektor. Gleichzeitig nimmt schlechte, sozialentsicherte und nicht mehr existenzsichernde Beschäftigung zu.

Im Folgenden will ich zeigen, dass die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die Krise des Sozialstaates und die Krise der Arbeit nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Sie sind das Ergebnis einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Im Kern dieser Wirtschaftsphilosophie steht die Auffassung, dass nichts effizienter sei als der Markt. Auch wenn der Irrweg offenkundig geworden ist und das Desaster des Neoliberalismus zutage tritt, scheint die Politik nichts gelernt zu haben.

Dies ist meine These: Zwischen der Gerechtigkeitskrise der Spaltung zwischen Arm und Reich, der Krise der Arbeit, in der immer mehr schlechte Arbeit wächst und der Finanz- und Wirtschaftskrise besteht ein innerer Zusammenhang. Diese Krisen haben den gleichen Ursprung in einer verfehlten und falschen neoliberalen Ideologie. Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitswelt gehören zum funktionierenden Finanzmarktkapitalismus wie das Wasser zum Duschen. Wer also daran etwas ändern will, der muss die Ursache abschaffen, den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.

Funktion des Finanzmarktkapitalismus

Finanzmarktkapitalismus ist die Bezeichnung für eine besondere Entwicklungsform des Kapitalismus. Sie besteht darin, marktbegrenzende Institutionen, genauer: gesetzlich kodifizierte und tariflichen Normen, Mitbestimmung und kollektive soziale Sicherungen von Arbeit zu schwächen und abzubauen.

Drei Aspekte kennzeichnen die Arbeit im Regime des Finanzkapitalismus: Arbeit wird erstens vermarktet, steht zweitens unter dem weltweiten Druck der Finanzmärkte und drittens unter Privatisierungsdruck.

1. Wachsender Vermarktungsdruck

Seit der Rot-Grünen Koalition wurden zahlreiche Schranken gegen eine Vermarktung der Arbeit abgeräumt: Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse wurden großzügig gelassen, der Kündigungsschutz weitgehend aufgehoben. Bereits 1986 hatte der Ökonom Wolfram Engels in der Zeitschrift „*Wirtschaftswoche*“ die Richtung angegeben: „In einer Marktwirtschaft gelten für Arbeit dieselben Gesetzmäßigkeiten wie für

Waren. Arbeit wird nur gekauft, wenn ihr Wert für den Unternehmer höher ist als ihr Preis. Ideologen wie Gewerkschafter sehen darin eine Entwürdigung des Menschen. Der Mensch, so sagen sie, sei keine Ware; für Menschen dürfe nicht gelten, was für Blumentöpfe, Apfelsinen oder Aluminiumschrott gilt. Gegen Naturgesetze gibt es solchen Widerspruch nicht. Wenn ein Mensch aus dem Fenster springt, dann fällt er mit einer Beschleunigung von 9,81m/sec und damit genauso schnell wie ein Blumentopf – ohne dass die evangelische Soziallehre das je als entwürdigend angeprangert hätte.“ Dieses Zitat zeigt, wohin ein Denken in nur ökonomischen Kategorien führt. Der Mensch wird mit seiner Arbeit zu einer bloßen Funktion des Marktes. Arbeit wird nur als Restgröße angesehen, die bedient wird, wenn die Unternehmen sich ihre Gewinne gesichert haben.

2. Entfesselter Finanzkapitalismus

Der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Breuer hat behauptet, die Finanzmärkte seien die fünfte Gewalt in der Demokratie geworden: Die Kapitaleigner würden den nationalen Regierungen sensibler als die vierjährigen Parlamentswahlen signalisieren, was „vernünftige Politik“ sei, nämlich die Gewerkschaften in Schach halten, Löhne moderat steigen lassen, Sozialleistungen kürzen, Mitbestimmungsrechte aushebeln und möglichst wenig Umverteilung zulassen. Die millionenfachen Entscheidungen der Kapitalanleger würden die nationalen Regierungen besser kontrollieren, damit diese eine vernünftige Politik machen, als vierjährige Parlamentswahlen dazu in der Lage wären. Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer konnte deshalb sagen: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Die demokratisch gewählten Regierungen tun gut daran, sich dem Druck der Märkte zu beugen. Die Banken raten den demokratisch gewählten Regierungen, sich dem Druck der Märkte zu beugen. Der Staat wird von den Finanz-Eliten als kooperative Geisel in Anspruch genommen. Er hat sich dem Druck bürgerlicher Eliten gebeugt, indem er die solidarischen, an die Erwerbsarbeit gekoppelten und umlagefinanzierten Sicherungssysteme deformierte und mit gleichzeitigen Appellen an die private Vorsorge deren Sicherungsniveau absenkte. Er hat die Arbeitsmärkte entregelt, sodass die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse

wuchs, ein Niedriglohnsektor entstand, Armutslöhne gezahlt wurden und die Armutsrisikoquote kontinuierlich stieg.

Eigentliches Steuerungszentrum des Finanzmarktkapitalismus sind (Aktien-)Märkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird. Die Unternehmen sind zu einer Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre geworden, bei der die Manager ausschließlich die Interessen der Aktionäre bedienen. Die Interessen der Belegschaft, der abhängig Beschäftigten, der Kunden oder der öffentlichen Hand spielen keine oder nur eine nachrangige Rolle. Die Finanzmärkte üben Druck auf die Unternehmen aus, damit möglichst wenig Steuern, möglichst niedrige Löhne gezahlt und möglichst geringe Sozial- und Umweltabgaben entrichtet werden. Das individuelle Arbeitsrecht soll gelockert, der flächendeckende Tarifvertrag zugunsten betriebsnaher Regelungen flexibilisiert und die Belegschaften sollen zu Lohnverzicht gedrängt werden. Die institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten wie Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds hegen kurzfristige und zudem übersteigerte Gewinnerwartungen in Vierteljahresfristen. Damit werden langfristige Geschäftspläne der Unternehmen durchkreuzt, die Kultivierung des Arbeitsvermögens, die Erhaltung des Umweltvermögens und die Kultivierung des Sozialstaates vernachlässigt.

Rendite und Gewinn sind nicht mehr Ergebnis der ökonomischen Leistungsfähigkeit, sondern werden als fixe Planziele formuliert, an die sich Belegschaftsstärken, Löhne, Arbeitszeiten usw. als Randbedingungen flexibel anzupassen haben. Arbeit wie die Leiharbeit oder befristete Beschäftigung wird nur noch strategisch genutzt, um die Beschäftigung flexibel an die Konjunktur und die Märkte anzupassen. Während die Eigenkapitalrendite trotz Krise bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die Beschäftigten zu einer flexiblen Manövriermasse zur Absicherung des Gewinnziels. Um es salopp auszudrücken: man tut so als würde Kapital arbeiten. Kapital arbeitet nicht. Was durch das Kapital erwirtschaftet wird, stammt aus der Arbeit von Menschen und wird vom Kapital angeeignet. Der Finanzkapitalismus ist deshalb ein Enteignungskapitalismus.

3. Privatisierungswahn

Der Ruf nach dem schlanken Staat als dem besten aller möglichen Staaten hat die öffentlichen Haushalte arm werden lassen, während die privaten Haushalte zusätzli-

ches Vermögen bekommen haben. Privatisierung wurde zu einem Versprechen: kostengünstiger, leistungsfähiger und bürgernäher. Doch jetzt wissen wir, dass dieses Versprechen auf dem Rücken von Busfahrern, die zu Armutslöhnen im ÖPNV die Busse fahren, oder den Poststellen in Supermärkten erkaufte wurden. Die Kosten wurden auf die Beschäftigten abgewälzt, deren Arbeit verdichtet, Lohn gesenkt und Arbeitszeit verlängert.

Unsichere und schlechte Arbeit kehrt zurück. Schlechte Arbeit ist schlecht gemachte Arbeit. Vormalig „gute“ Arbeit wird wieder rückgängig gemacht. Dies ist kein Naturprozess, sondern politisch in die Wege geleitet und gewollt. Wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise einerseits und die soziale Krise und die Krise der Arbeit andererseits Folgen einer falschen neoliberalen Doktrin sind, dann ist der Schlüssel für einen Ausweg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und eine Aufwertung des menschlichen Arbeitsvermögens vorgezeichnet: Das menschliche Arbeitsvermögen muss aus der Klammer der Vermarktung befreit werden.

Mit der Agenda 2010 und Hartz IV einen neuen Sozialstaat konstruieren

2003 verkündete der damalige Bundeskanzler der Rot-Grünen Regierungskoalition, Gerhard Schröder, seine Agenda 2010. Damit leitete er den bis heute höchst umstrittenen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik zu mehr Druck auf Arbeitslose und Arbeitnehmer und der Schaffung eines sich bis heute rasant ausbreitenden Niedriglohnsektors ein. Sein Patentrezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war die Agenda 2010: Deregulierung und damit erhebliche Ausweitung von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit, sowie geringfügiger Beschäftigung (400 Euro Jobs) waren der Anfang. Die massive Verkürzung der Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld I in Kombination mit Hartz IV – der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem erheblich niedrigeren Niveau der Sozialhilfe zusammen mit einer massiven Verschärfung des Drucks auf Arbeitslose, Arbeit zu Niedrigstlöhnen und entwürdigenden Arbeitsbedingungen anzunehmen – stellten den Höhepunkt dieses Paradigmenwechsels in der Arbeitsmarktpolitik dar.

Fasst man die Grundlinien des sozialpolitischen Umbaus zusammen, dann lassen sich Umrisslinien eines neuen Leitbildes für die Reform des alten Wohlfahrtsstaates er-

kennen. Eigenverantwortung und Aktivierung sind die beiden Stützpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur. Im Kern laufen diese Prinzipien auf eine Risikoumverteilung hinaus – vom leistungserbringenden Staat und der risikoverursachenden Wirtschaft auf den risikogefährdeten Bürger und Arbeitnehmer. Dabei werden den Bürgern mehr Pflichten und weniger Rechte zugewiesen. Soziale Risiken werden in zunehmendem Maße individualisiert und privatisiert.

Die Sozialreformen der Agenda 2010 und Hartz IV sind kein Sozialabbau sondern vielmehr Gegenreformen. Sie wollen den bisherigen Sozialstaat durch ein neues sozialstaatliches Paradigma ersetzen, den „aktivierenden Sozialstaat“. Beruhte das bisherige Sozialstaatsverständnis noch auf der Übereinkunft, dass sozialstaatliche Umverteilung keine Fürsorgeleistung des Staates gegenüber Untertanen ist, sondern der Sozialstaat im Bedarfsfall eine Bringschuld gegenüber seinen Bürgern zu erfüllen hat, so soll der neue Sozialstaat auf andere Fundamente gebaut werden. Nicht mehr die soziale Absicherung, die Auszahlung von materiellen Leistungen gehört zur Aufgabe des Staates, sondern die Vermittlung in Arbeit, damit der Bürger in Eigenverantwortung seinen Lebensunterhalt erwirtschaften kann. Oberstes Ziel ist eine Politik des „Förderns und Forderns“ mit dem Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Erwerbslose müssen sich aktiv an der Arbeitssuche beteiligen und – fast – jede Arbeit zu jedem Preis und um jeden Preis ohne Zumutbarkeitsgrenze annehmen, da die Nicht-Kooperation Leistungskürzungen bewirkt.

Der neue Sozialstaat ist kein „sorgender Sozialstaat“ mehr. Es geht ihm nicht mehr darum, die marktbedingten Ungleichheiten zu kompensieren. Der neue Sozialstaat soll vielmehr vorrangig die Marktfähigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und will durch Investitionen deren aktive Sorge um sich selbst ermöglichen. Umbau des Sozialstaates organisiert den Übergang von einer Logik der Bedarfsdeckung zu einer Logik der Grundversorgung. Der Staat sichert soziale Risiken nicht mehr materiell ab und garantiert auch nicht mehr eine Sicherung des Lebensstandards, sondern lediglich eine Grundsicherung. Er versteht seine Rolle dabei darin, den Bürger zu aktivieren: Fördern und fordern. Er übernimmt also eine lenkende und sogar strafende Rolle, wenn der Bürger sich nicht motivieren lässt, Arbeit um jeden und zu jedem Preis anzunehmen.

Statt sich um die Verfügbarkeit existenzsichernder Arbeit zu bemühen, konzentriert sich die aktivierende Sozialpolitik, die Lebenslage der Menschen zu verschlechtern und dadurch die Bereitschaft zu erzwingen, jede Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Deshalb plädiert die Politik für eine Ausweitung eines Niedriglohnssektors bis hin zu 1-Euro-Jobs in gemeinnützigen Einrichtungen, die nichts anderes als eine verfassungsrechtlich höchst prekäre Zwangsarbeit mit Almosenaufschlag sind. Das Recht auf eine Leistung des Staates, kann nur der in Anspruch nehmen, der auch zu einer Gegenleistung bereit ist, nämlich einem 1-Euro-Job.

Mehr Armut durch Reformen

Seit Hartz IV steigt die Armut. Nach Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung kann davon ausgegangen werden, dass 60 Prozent der Betroffenen weniger und 40 Prozent mehr Geld zur Verfügung haben. Armut nimmt also durch Hartz IV zu. Die Zunahme ist nicht in erster Linie ein Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung. Sie beruht vor allem auf politischen Entscheidungen, Leistungen der Arbeitslosenhilfe abzusenken und den Kreis der Leistungsberechtigten einzuschränken.

Kernbereich aktivierender Sozialstaatsstrategien ist die Arbeitsmarktpolitik. Das IAB hat in einer Studie belegt, dass die vom SGB II geforderte Integration in Arbeit faktisch zu einer Integration in einen Niedriglohnssektor wird, der sich nur allzu oft als Niedriglohnfalle erweist. Doch alles Fordern und Fördern läuft ins Leere, wenn es keine existenzsichernden Arbeitsplätze gibt. Arbeitslose werden auf Arbeitsmärkte gedrängt, die keine Arbeitsplätze bereit halten. Die Hartz-Gesetze haben eine Pluralisierung von Erwerbsarbeit hervorgebracht und zuvor bestehende Beschäftigungsverhältnisse entrechtet und sozial entsichert: Minijobs, Midijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, 1-Euro-Jobs, Bürgerarbeit. Zum einen wird vormals gute Arbeit, die tariflich entlohnt war, umgewandelt in schlechte Arbeit. Unsicherheit kehrt zurück. Auf der anderen Seite wird vormals unbezahlte, freiwillige Arbeit in bezahlte Erwerbsarbeit gerade im Sozialsektor umgewandelt, wie Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit, monetarisierte Ehrenamtsarbeit. So entsteht ein riesiger Bereich von schlecht bezahlten und gering qualifizierten Jobs, die als Dienstleistungsarbeit qualifiziert werden.

4. Ein Neustart jenseits des Finanzkapitalismus

Wenn es eine Lektion gibt, die aus der Finanzkrise zu lernen ist, dann diese: Märkte regulieren sich nicht selber. Märkte brauchen einen handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, welcher der Wirtschaft einen Rahmen setzt, für gute Arbeit und eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts sorgt. Das aber sind genau die Grundüberzeugungen und Leitlinien, die auch den sozial- und wirtschaftspolitischen Grundkonsens nach 1945 in Europa bezeichnet haben. Die soziale Frage stellt sich neu. Soziale Unsicherheit kehrt zurück.

Für den Neustart gibt es jedoch Bezugsgrößen: 1947 das Ahlener Programm der CDU, die Grundüberzeugungen des Hessischen Verfassung oder auch 1948 die von Ludwig Erhard gegen den Widerstand der Alliierten eingeführte wertstabile Währung und Marktwirtschaft, die auf dem freien Spiel der Preise beruhte und gleichzeitig den sozialen Ausgleich sicherte.

Es geht um folgende Ansatzpunkt:

1. Faire Verteilung der Wertschöpfung:

Bislang haben die Kapitaleigner einen übergroßen Teil des gesellschaftlichen Reichtums für sich beansprucht und eine Umverteilung von unten nach oben organisiert. Dadurch ist Spielgeld ins Spielcasino gespült worden statt den gesellschaftlich erzeugten Reichtum für die Wohlfahrt der Menschen nützlich zu machen. Deshalb ist eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung auf alle vonnöten, die diese auch erwirtschaftet haben. Die Realwirtschaft wird sich nur beleben lassen, wenn die Beschäftigten einen höheren Anteil an der Wertschöpfung erhalten. Denn die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland lebt unter ihren Verhältnissen. Immer noch bleiben viele private, materielle und vitale Bedürfnisse unbefriedigt. Dazu gehören Mindestlöhne ebenso eine Tarifpolitik, die für existenzsichernde Löhne sorgt. Der Niedriglohnsektor muss eingegrenzt und abgeschafft werden.

2. **Ausbau des Sozialstaates als Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus**

Die Kosten des Sozialstaates schmälern keineswegs die Gewinne der Unternehmen, sondern der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus. Das Gewinnstreben in der Wirtschaft darf nicht zur individuellen Bereicherung führen, sondern muss Antrieb sein, das „Wohlergehen der Menschen“ zu erhöhen. Deshalb steht die Rückkehr des Staates nicht nur für die Regulierung des Finanzsektors an, sondern auch zur Weiterentwicklung des Sozialstaates. Die Suche nach renditeträchtigen Anlagefeldern für das Kapital ist eine Haupttriebkraft für die Privatisierung der Bahn und Post, der Energie- und Wasserversorgung sowie der Teilprivatisierung der Rente. Diese Privatisierungen müssen gestoppt werden.

Die öffentliche Daseinsvorsorge muss nach dem Bedarf und nicht als möglichst profitable Geldanlage organisiert werden. Zukunftsorientiert sind deshalb Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit oder Pflege. Dies aber erfordert, dass der Staat eine faire Steuerpolitik betreibt, die dafür sorgt, dass starke Schultern auch wieder mehr tragen. Die Bewältigung der Krise darf die soziale Ungleichheit nicht verschärfen. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer sind Instrumente, dass der Reichtum dieser Gesellschaft für die Wohlfahrt aller nützlich sein kann. Dringende öffentliche Aufgaben bleiben unerledigt. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen befinden sich in einem miserablen Zustand. Sie sind personell unterbesetzt, weil angeblich die Finanzmittel fehlen, diesen Mangel zu beheben. Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, die Entsorgungskanäle verrotten. Kinderfreundliche Städte oder solche, die ein Zusammenleben mehrerer Generationen gestatten, bleiben ein Wunschtraum von Architekten und Stadtplanern.

Wenn die Produktivität stärker steigt als die Arbeitsumverteilung, dann entsteht Arbeitslosigkeit. Wir brauchen eine Debatte über eine gerechte Arbeitszeitverkürzung. Wenn Erwerbsarbeit um jeden Preis erwartet wird, aber nicht genügend Arbeitsplätze bereitstehen, dann entsteht eine neue Unterschicht

von nicht genügend bezahlter Erwerbsarbeit. Die wachsende Ungleichheit der gesellschaftlichen Arbeits-, Einkommens- und Anerkennungsverhältnisse ist die notwendige Folge des sozialstaatlichen Ziels, ‚mehr Beschäftigung‘ zu schaffen. Anstatt eine allgemeine Politik der Verkürzung und Umverteilung von Erwerbsarbeit in Angriff zu nehmen, welche eine gerechte Verteilung häuslicher Arbeiten zwischen Männern und Frauen ermöglichte, werden die ‚weiblichen‘ Tätigkeiten der Logik der Lohnarbeit unterworfen.

Die reale Alternative besteht deshalb darin, Erwerbsarbeit fair auf möglichst viele Erwerbsarbeit suchende Menschen zu verteilen. Verteilung von Erwerbsarbeit ist ohne eine Politisierung der Verteilung von Einkommen nicht denkbar. Beide Verteilungsprozesse müssen strategisch zusammengehalten und konzeptionell zusammen gedacht werden. Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklung zu stärken: Reduzierung der Erwerbsarbeit, Eingrenzung der Vermarktlichung von immer mehr Arbeit und Ausdehnung der nicht marktvermittelten Tätigkeiten in einer Gesellschaft.

Kurze Vollzeit für alle zielt also darauf, das nicht beliebig zu erweiterbare Volumen an Erwerbsarbeit und Arbeitseinkommen möglichst gerecht zu verteilen. Die Dreißig-Stunden-Woche wird dann zu einer neuen Norm, die sich ökonomisch, produktivitätsorientiert, kulturell und gesellschaftlich als kurze Vollzeit für alle definieren lässt. Dies wäre zugleich der alternative Entwicklungspfad zu einer weiteren Prekarisierung der Arbeit.

Diese Debatte muss einher gehen mit einer Diskussion über die Erweiterung des Arbeitsbegriffs. Eine an ausgleichender Gerechtigkeit orientierte Arbeitspolitik wird das Ziel verfolgen, allen die arbeiten wollen, auch die Gelegenheit dazu zugeben.

In einem neuen Gesellschaftsvertrag müssen diese vielfältigen Formen von Arbeit und die verschiedenen Arten des Einkommens neu einander zugeordnet werden:

Vier Formen der Arbeit:

- Erwerbsarbeit
- Eigenarbeit
- Sorge- oder Carearbeit
- Gesellschaftsarbeit

Drei Arten von Einkommen

- Erwerbseinkommen
- Transfereinkommen
- Kapitaleinkommen

Das Leitbild einer „kurzen Vollzeit für alle“ und der „ganzen Arbeit für alle“ zielt darauf, das Volumen an Erwerbsarbeit und Arbeitseinkommen gerecht auch zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Das Leitbild einer „kurzen Vollzeit für alle“ und der „ganzen Arbeit für alle“ ist letztlich nur mit einer materiellen Grundabsicherung möglich. Der Einstieg besteht in einer repressionsfreien, bedarfsorientierten und armutsfesten Grundsicherung statt Hartz IV, das jede Arbeit um jeden Preis ohne eine Zumutbarkeitsgrenze erzwingt.

Zwei Strategien stehen also an: Erstens eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und zweitens eine Aufwertung anderer nicht erwerbsorientierter Formen von Arbeit und Tätigkeiten. Diese Doppelstrategie macht den Raum frei, sich zeitweise vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen für Kindererziehung, Pflege, Weiterbildung, politische Aktivitäten. Bürger werden dadurch ermächtigt die Mischung von Erwerbstätigkeit und anderen Arbeiten zu wählen, zu der sie sich entscheiden. Das selbstbestimmte Leben, das die Moderne verspricht, braucht eine Basissicherung. Wichtig dabei ist: Die Forderung nach einem Grundeinkommen politisiert die Einkommens- und Verteilungsfrage.

3. Ausbau der Demokratie: Sozial- und Wirtschaftsräte als Teil einer demokratischen Neuordnung zur Aneignung des Kapitalismus

Die Politiker müssen schließlich daran gehindert werden, Gelder zur Rettung von Banken und Unternehmen in die Hand zu nehmen, ohne diese Gelder mit Auflagen und Rechten für Mitsprache und Mitbestimmung zu verbinden. Die Gesellschaft darf nicht in Geiselschaft genommen werden, um die Kosten zu schultern, die die Banken verursacht haben. Damit der Staat nicht abermals vor den wirtschaftlichen Interessen duckt und er der Gesellschaft die Krisenkosten aufbürdet, muss die Demokratie gestärkt werden. Diejenigen, deren Profitgier das Finanzsystem ruiniert hatten, dürfen sich nicht auf einen risikofreien Kapitalismus verlassen.

Die Leitformel „Kurze Vollzeit für alle und soziale Sicherheit auch ohne Arbeit“ durchbricht die finanzkapitalistische Verteilungsregel, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu einer abhängigen Größe zum fixen Gewinnziel zu machen. Diese Leitformel richtet das Augenmerk auf die faire Verteilung der Arbeit und bricht schließlich mit der Dominanz der Erwerbsarbeit, die seit Hartz IV gilt. Die Herausforderung besteht daher darin, eine zukunftsfähige Alternative zu der Fehlpolitik zu entwickeln, die sich in der Krise der Arbeit und in der Wirtschaftskrise ausdrückt.

Eine Antwort auf die Krise ist eine Arbeitspolitik in einer Perspektive, die die vier Formen von Arbeit, nämlich Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Carearbeit, zivilgesellschaftliche Arbeit mit den drei Formen von Einkommen, nämlich Erwerbseinkommen, Transfereinkommen und Kapitaleinkommen neu miteinander verbindet. Diese würde wieder am europäischen Grundkonsens nach dem Zweiten Weltkrieg anschließen und das heißt: Rückkehr des Staates zur Begrenzung des Marktes, soziale Menschenrechte, Sozialversicherung für jeden. Ein Leben ohne Not und Furcht. Um es abschließend mit Stephan Hesse zu sagen: „Genau diese Grundätze und Werte sind uns heute nötiger denn je. Das Gemeinwohl sollte über dem Interesse des Einzelnen stehen, die gerechte Verteilung des in der Arbeitswelt geschaffenen Wohlstandes über der Macht des Geldes. .. Wir sind aufgerufen, unsere Gesellschaft so zu bewahren, dass wir auf sie stolz sein können: Nicht die Gesellschaft, in der die Sicherung des Alters, die Leistungen der Sozialversicherung brüchig geworden sind, in der die Reichen die Medien beherrschen - nichts davon hätten wir zugelassen.“